



SPD-Bundestagsfraktion

Arbeitsplanung 2008 / 2009

Inhaltsverzeichnis

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner	3
Themenbereich: Gesundheitspolitik	3
Themenbereich: Sozialpolitik.....	4
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christel Humme	5
Themenbereich: Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Themenbereich: Bildung und Forschung	6
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Klaas Hübner	10
Themenbereich: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	10
Themenbereich: Aufbau Ost.....	13
Themenbereich: Petitionen.....	13
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ulrich Kelber	14
Themenbereich: Umwelt und Energie.....	14
Themenbereich: AG Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz.....	16
Themenbereich: Nachhaltigkeit	18
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Walter Kolbow.....	19
Themenbereich: Außenpolitik / Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	19
Themenbereich: Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und	
Entwicklung (AGwZ).....	20
Themenbereich: Menschenrechte und humanitäre Hilfe.....	21
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Fritz Rudolf Körper.....	22
Themenbereich: Innenpolitik	22
Themenbereich: Rechtspolitik	24
Themenbereich: Sportpolitik.....	26
Themenbereich: Kultur und Medien.....	27
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Joachim Poß	28
Themenbereich: Steuern / Finanzen / Haushalt.....	28
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren.....	29
Themenbereich: Europa	29
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ludwig Stiegler	32
Themenbereich: Wirtschaft und Technologie.....	32
Themenbereich: AG AuS, Bereich Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz	34
Themenbereich: AG Tourismus.....	36

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner

Themenbereich: Gesundheitspolitik

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Krankenhausfinanzierung „Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009“	Mit dem Gesetz soll die Einführungsphase des DRG-Fallpauschalensystems abgeschlossen und der gesetzliche Rahmen für die Finanzierung der Krankenhäuser fortentwickelt werden.	Referentenentwurf derzeit in der Ressortabstimmung Abschluss bis Ende 2008
Herstellung der Insolvenzfähigkeit aller Krankenkassen zum 1. Januar 2010 „Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen der gesetzlichen Krankenversicherung“ (Umsetzung GKV-WSG)	Anpassung der für die Krankenkassen geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen an die aktuelle Wettbewerbs- und Marktsituation sowie Erhöhung der Transparenz über die finanzielle Situation der Krankenkassen.	2./3. Les. 17. Oktober 2008 BR II: 7. November 2008
Festlegung des einheitlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung „Verordnung zur Festlegung des einheitlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung“ (Umsetzung GKV-WSG)	Umsetzung der Vorgaben der §§ 241, 243 SGB V Alle Krankenkassen sollen mit dem Start des Gesundheitsfonds 2009 einen einheitlichen Beitragssatz erheben. Der allgemeine Beitragssatz wird dazu nach Auswertung der Ergebnisse eines beim Bundesversicherungsamt (BVA) zu bildenden Schätzerkreises erstmalig per Rechtsverordnung durch die Bundesregierung (BMG) festgelegt.	Vorlage der VO zum 1. November 2008 mit Wirkung ab 1. Januar 2009 Unterrichtung des Bundestages mindestens 3 Wochen vor der Beschlussfassung über die VO
Präventionsgesetz	Stärkung der Gesundheitsförderung und gesundheitlichen Prävention	Referentenentwurf: 23. November 2007; Vorlage war noch nicht im Kabinett weiteres Verfahren offen
Gendiagnostikgesetz	Gesetzliche Regelung genetischer Untersuchungen beim Menschen zu medizinischen Zwecken einschl. pränataler genetischer Untersuchungen sowie für den Bereich privater Versicherungen und des Arbeitslebens und über den Umgang und den Schutz von genetischen Proben und Daten; Begegnung möglicher Gefahren bei gleichzeitiger Wahrung des Nutzens beim Einsatz genetischer Untersuchungen beim Menschen	Abschluss bis Ende 2008

Themenbereich: Sozialpolitik

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Alterssicherung	Die Projektgruppe wird Vorschläge insbesondere zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, zur verbesserten Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos und zur verstärkten Armutsvermeidung vorlegen.	Vorlage des Abschlussberichts im Oktober 2008.
Arbeitszeitkonten	Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen Gemäß Koalitionsvertrag sollen Langzeitarbeitskonten besser im Insolvenzfall geschützt werden. Zudem wird eine begrenzte Portabilität von Wertguthaben eingeführt.	GE im Bundeskabinett beschlossen. Einbringung in den Bundestag im Oktober 2008.
Behindertenpolitik	Gesetz zur Unterstützten Beschäftigung: Für behinderte Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf fehlt bisher eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben, mit der ihre Leistungsfähigkeit bei individuell angepassten Bedingungen so entwickelt wird, dass eine Eingliederung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt möglich wird.	GE im Bundeskabinett beschlossen. Einbringung in den Bundestag im Oktober 2008, Abschluss im November.

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Werkstatträte-Konferenzen der SPD-Bundestagsfraktion		Die 3. Konferenz findet am 27. November 2008 statt.
Fachtagung: 3. Armuts- und Reichtumsbericht	Die AG "Verteilungsgerechtigkeit" plant hierzu eine Fachtagung.	Herbst 2008

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christel Humme

Themenbereich: Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Ausbau der Kinderbetreuung , Rechtsanspruch ab Eins	Kinderförderungsgesetz (Ki-FöG) ist im parlamentarischen Verfahren, Diskussion hinsichtlich der stärkeren Förderung privater Träger	2./3. Lesung am 16. oder 17.10., Inkrafttreten zwingend noch in diesem Jahr
Nur nachrichtlich - Federführung liegt beim BMF: Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs, Kindergelderhöhung, Freibetragsregelung	Die Koalition hat sich grundsätzlich auf eine Kindergelderhöhung geeinigt. Die konkrete Ausgestaltung, insbesondere die Einführung eines Kindergrundfreibetrags, die stärkere Kindergeldstaffelung, das Maß der Kindergelderhöhung, müssen noch detailliert diskutiert werden.	Einigung und Gesetzentwurf nach Vorlage des Existenzminimumberichts im Oktober. Inkrafttreten zum 01.01.2009
Weiterentwicklung des Elterngelds	Das BMFSFJ legt einen Evaluationsbericht vor, der Aufschluss gibt über Weiterentwicklungsbedarf beim Elterngeld.	Evaluationsbericht im Herbst 2008
Weiterentwicklung des Zivildienstes zum Lerndienst	Anrechnung des Zivildienstes auf entsprechende Ausbildungen ermöglichen	Gesetzentwurf ab Herbst im parlamentarischen Verfahren
Weiterentwicklung des Heimvertragsrechts	Öffnung des Heimvertragsrechts für neue Wohnformen, wie z.B. betreute WGs	Eckpunkte liegen vor, Gesetzentwurf liegt wahrscheinlich im Herbst vor.
Weiterentwicklung des Conterganstiftungsgesetzes	Umwandlung der Stiftung mit dem Ziel, Contergan-Geschädigte stärker zu fördern	Formulierungshilfe / Gesetzentwurf liegt im September vor.

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Seniorenpolitische Fachkonferenz der AG FSFJ und AG Bürgerschaftliches Engagement	Altern hat Zukunft: Darstellung und Weiterentwicklung unserer Seniorenpolitik	24.09.2008
Fachkonferenz der AG FSFJ: Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern	Modelle, die eine gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ermöglichen, u.a. Schweizer Modell	Oktober 2008
Möglicherweise Festveranstaltung anlässlich des 90. Jahrestages des Beschlusses zur Einführung des Frauenwahlrechts		12.11.2008
Kongress „Wir ziehen Bilanz für das Engagement “	Bilanz unserer bisherigen erfolgreichen Engagementpolitik; Hauptrednerin: Gesine Schwan	03.12.2008

Themenbereich: Bildung und Forschung

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Forschung und Entwicklung		
Umsetzung der sog. Initiative „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ (vgl. Meiseberg)	<p>Stärkung der Flexibilität und Autonomie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen (untergesetzliche und haushaltsgesetzliche Maßnahmen zur Erprobung):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schrittweise Einführung von Globalhaushalten – Personal: schrittweise Abschaffung des Vergaberahmens bei den W-Grundsätzen – Vernetzung Wissenschaft/Wirtschaft: Straffung der Genehmigungsverfahren bei Ausgründungen, Joint Ventures und Gründung von Tochtergesellschaften – Vereinfachung Bauverfahren – forschungsspezifische Erleichterungen im Vergaberecht 	<p>Eckpunkte v. Kabinett beschlossen (30.07.2008)</p> <p>BMBF strebt Umsetzung „möglichst aller Maßnahmen“ für Haushaltsjahr 2009 an.</p> <p>→ Gesetzgebung Bundeshaushalt 2009</p>
Ausgestaltung Validierungsfonds	Neues Instrument zur Förderung des Technologietransfers	Start der Projektphase 2009 angestrebt
Vorbereitung der Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation (läuft 2010 aus)	<p>Fortschreibung eines jährlichen Aufwuchses für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Rahmen eines FuE-Pakts II, finanzielle Rahmenbed. noch offen</p> <p>GWK-Ausschuss erarbeitet derzeit Vorschlag in Abstimmung mit Forschungsorganisationen, Vorlage für GWK bis Oktober 2008 geplant.</p>	<p>vsl. allg. Absichtserkl. zur Verlängerung beim Bildungsgipfel (10/2008)</p> <p>nächste GWK-Befassung 27.10.2008; Konsentierung bis 2009 geplant</p>
Vorbereitung der Fortsetzung der Exzellenzinitiative (läuft 2011 aus)	<p>Noch keine Verhandlungen; Prüfung mögl. Weiterentwicklung der Förderkonzeption nach Vorlage Evaluationsbericht von WR und DFG (Herbst 2008)</p> <ul style="list-style-type: none"> – AGBF-Punkte: Dynamik erhalten (ausgewogenes Verhältnis von verlängerten „alten“ und neu zu bestimmenden Spitzenuniversitäten); Nachwuchsförderung in der „ersten Förderlinie“ stärken (Graduiertenschulen) – Hauptkritikpunkte bisher: Entscheidungsverfahren und südlastige Mittelverteilung 	<p>vsl. allg. Absichtserkl. zur Verlängerung beim Bildungsgipfel (10/2008)</p> <p>Evaluationsbericht von WR und DFG: 11/2008, Grundlage für Verhandlungen in GWK (vsl. ab 2009)</p>

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Begleitung der weiteren Umsetzung der Hightech-Strategie und Evaluation (vgl. KoAV)	<ul style="list-style-type: none"> – Gesundheitsforschung (Road Map liegt vor, Programm steht aus) – Sicherheitsforschung (keine Reaktorforschung) – Forschungsprämie kritisch überprüfen – Spitzencluster-Wettbewerb begleiten 	Spitzencluster-Wettbewerb: Erste Ausschreibung 08/2007 erfolgt, Auswahlentscheidung 1. Runde 09/2008

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Bildung		
Begleitung Qualifizierungsinitiative und Bildungsgipfel (vgl. auch Meseberg)	<p>Geplant: BK'in/MP-Beschluss einer „<u>Qualifizierungsinitiative für Deutschland</u>“ im Rahmen des „Bildungsgipfels“ (22.10.2008):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Aufbauend auf „Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung“ als Beitrag des Bundes (in Umsetzung, Kab. 01/2008) – Lenkungsausschuss B/L bereitet Vorlage für Bildungsgipfel vor: verschiedene Felder (frühk. Bildung, Schule, Hochschule, Berufl. Bildung, Weiterbildung) <p>SPD-Forderungen u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beitragsfreiheit & Qualität Kinderbetreuung – Flächendeckender Ausbau der Ganztagsschulangebote – Ausweitung und Vereinheitlichung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte – Ausgestaltung Hochschulpakt II als „Pakt für die Studierenden“ – Hochschulfinanzierung: Vorteilsausgleich („Geld folgt Studierenden“) 	<p>Befassung Chefs BK, Senats-, Staatskanz. mit Konzept-Entwurf geplant für 11./12.09.2008</p> <p>Beschluss KMK geplant für 16./17.10.2008</p> <p>Bildungsgipfel: 22.10.2008</p>
Reform des Meister-BAföG (vgl. Prüfauftrag KoAV)	<p>Weiterentwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erweiterung der förderfähigen Fortbildungen (Altenpflege, Erzieher/innen) – Verbesserung der Förderleistungen und Schließung von Förderlücken, u.a. Erhöhung des Unterhaltszuschusses, Einbeziehung der Prüfungsphase in die Unterhaltsförderung, Belohnung erfolgreicher Fortbildungsabschlüsse) – Ausbau Familienförderung (u.a. Erhöhung des Kinderzuschlags beim Unterhalt) – Ausweitung der Migrantenförderung <p>Eckpunkte größtenteils in Koalition konsentiert; Referentenentwurf in Ressortabstimmung</p>	<p>2./3. Les. bis Nov./Dez. 2008 angestrebt</p> <p>In Kraft geplant: 01.07.2009</p>

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Umsetzung Maßnahmenpaket „Bildungsprämie“	Eckpunkte: – <u>Weiterbildungsprämie</u> : Prämie (max. 154€) zur Kofinanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen für Einkommensgruppen bis zu 17.900 € (alleinstehend) bzw. 35.800 € (verheiratet) – <u>Weiterbildungssparen</u> : Ergänzung Vermögensbildungsgesetz (VermBG) um unschädliche Entnahmemöglichkeit zum Zweck der berufl. Weiterbildung (Federführung: BMWi) – <u>Weiterbildungsdarlehen</u> : einkommensunabhängiges KfW-Weiterbildungsdarlehen	<u>W-Prämie</u> : Förderrichtlinie bis Herbst (Erprobungsphase Oktober 2008 – 2011) <u>W-Sparen</u> : GE Änderung VermBG (1. Les. 19.06.2008, 2./3. Les. Herbst, In Kraft Anf. 2009) <u>W-Darlehen</u> : ab Anf. 2009
HRG-Aufhebungsgesetz	<u>GE zur Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes</u>	im parl. Verf. 1. Les. war 20.09.2007 offen
Vorbereitung Hochschulpakt II (Hochschulpakt I läuft 2010 aus)	Eckpunkte AGBF/SPD-Fraktion: Weiterentwicklung des Hochschulpaktes zu einem „Pakt für die Studierenden“ zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen: 200.000 zusätzliche Studienplätze bis 2015; Hochschulzugang berufl. Qualifizierter; Juniorprofessur; Frauenförderung etc.	Erste GWK-Beratungen laufen; StS.-AG tagt ab Anf. Sept. 2008 (Vorsitz: Bund & Berlin) Ggf. erste konkrete Ankündigungen beim Bildungsgipfel (10/2008)
(ggf.) Kleine BAföG-Modernisierung	SPD regt kleine Bereinigungsnovelle an, Prüfung: a) Vereinfachung der Regelungen (z.B. Master-Förderung nach FH-Studium, b) Übernahme zweitinstanzlicher Urteile zur Förderung von BA/MA im Rahmen bisheriger Staatsexamensfächern, c) Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften d) Problematik Verhältnis BAföG/SGBII-Leistungen e) ggf. Stichtagsregelung für SED-Opfer u.a.	offen
Entwicklung eines Deutschen Qualifizierungsrahmens (DQR)	Beginn der Arbeiten zum DQR im Kontext eines Europäischen Qualifizierungsrahmens (EQR), Ziel: Vergleichbarkeit der Qualifikationsstufen der europäischen Bildungssysteme, Arbeitnehmer- und Auszubildendenmobilität (vgl. auch KoAV)	läuft Fertigstellung bis 2011

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Fachgespräch AGBF	BA/MA professional	25.09.2008
Kongress Wissenschaftsforum / PV & AGBF / SPD-Fraktion	Wissenschafts- und Hochschulpolitik	26.09.2008
Kongress AGBF / SPD-Frak.	Fachkräftebedarf	13.10.2008
Bildungsgipfel Bund, Länder	Qualifizierungsinitiative für Deutschland	22.10.2008
Fachgespräch AGBF	EU-Qualifikationsrahmen/DQR	KW 46
Kongress AGBF & GEW	Privatisierung in der Bildung	KW 49
Fachgespräch AGBF	Lernen im Alter	offen
Fachgespräch AGBF	Bildung als Beruf	offen

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Klaas Hübner

Themenbereich: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Masterplan Güterverkehr und Logistik	Mobilität ist die Grundlage unseres Wachstums und unserer wirtschaftlichen Stärke. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Damit Deutschland im Logistikbereich weiterhin weltweit führend bleibt, sollen mit dem Masterplan Defizite beseitigt und der Logistikstandort zukunftsfähig gemacht werden. Erste Umsetzungsschritte für die Einzelmaßnahmen des Masterplans müssen jetzt definiert werden.	Von heute bis zum Ende der Legislatur
Anpassung der Lkw-Maut / 2. Gesetz zur Änderung des Autobahnmautgesetzes	Nach der Einigung auf Harmonisierungsmaßnahmen für das deutsche Gewerbe und der Vorlage des Wegekostengutachtens 2007 ist der entsprechende Kabinettsbeschluss am 18. Juni gefasst worden. Trotz Länderbedenken soll am 19.09. oder spätestens am 10.10.08 ein BR-Beschluss herbeigeführt werden.	in Kraft treten zum 01.01.2009
CO₂-orientierte Kfz-Steuer	Politische Einigung über Steuertausch im Koalitionsausschuss. Umsetzung soll im Rahmen der FöKo II erfolgen. Künftige Ausgestaltung der Kfz-Steuer soll erst nach erfolgtem Steuertausch diskutiert werden.	Abhängig vom Gang der Dinge in der FöKo II
Bahnprivatisierung	In einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) mit der DB AG wird die künftige Infrastrukturqualität entsprechend einzelner Qualitätsziffern definiert. Mit klaren Kriterien ist dann jederzeit feststellbar, in welchem Zustand einzelne Strecken des Schienennetzes, die Bahnhöfe oder die Energieversorgung sind. Bei Nichterfüllung der Vereinbarung werden Sanktionen vereinbart.	In Kraft treten zum 01.01.2009

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Anpassung des rechtlichen Rahmens für die Flugsicherung	Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraumes, des „Single European Sky“. Dazu müssen die nationalen Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende, europakonforme Flugsicherung angepasst werden.	Abschluss des Gesetzgebungsvorhabens noch in dieser Legislaturperiode
Weiterentwicklung der VIFG	Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den notwendigen Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist mit den Anforderungen des Verkehrswachstums nur schwer in Übereinstimmung zu bringen. Ziel ist es den Finanzspielraum zu vergrößern und zu verstetigen. Für die VIFG (Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft) werden unterschiedliche Erweiterungen des Geschäftsmodells geprüft. Eine Prüfung von Infrastrukturfinanzierungsmodellen durch das Statistische Bundesamt und die Bundesbank ist als Nächstes auszuwerten.	Der Beratungsturnus wird nach der Sommerpause wieder aufgenommen und wenn notwendig bis Ende der Legislatur fortgesetzt
4. Gesetz zur Änderung StVG	Grundlage für Katalog BußgeldVO	in Kraft treten I. Quartal 2009
Gesetz zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes	Mit dem Raumordnungsgesetz wird eine moderne Grundlage für eine effiziente und zukunftsfähige, koordinierende Raumentwicklung in Deutschland geschaffen.	in Kraft treten I. Quartal 2009
3. Gesetz zur Änderung des Energieeinspargesetzes	Ermächtigungsgrundlage zur Änderung der HeizkostenVO und EnEV 2009 (Teil der Umsetzung von IKEP II)	offen
Die klimagerechte Stadt	Stärkung und Weiterentwicklung der „Stadt der kurzen Wege“; Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebestand	fortlaufend
Nationale Stadtentwicklungspolitik	Stärkung integrierter Stadtentwicklung	fortlaufend

Geplante Veranstaltung	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Symposium Fahrradverkehr	Umsetzung des nationalen Radverkehrsplans	13.10.2008
Fachgespräch Verkehrssicherheit – Motorräder	Stagnierend hohe Verkehrsunfallzahlen bei Motorrädern, trotz des allgemeinen Rückgangs von Unfallzahlen, erhöhen den Handlungsbedarf	März 2009
Regionale Fachkonferenzen „Masterplan Güterverkehr und Logistik“	Regionale Schwerpunkte bei der Umsetzung des „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ sollen herausgearbeitet werden	1.10.2008 (Region Nord) N.N. 2008 (Ost) N.N. 2008 (HE, RP)
Fachkonferenz nationale Stadtentwicklungspolitik	Diskussion der Entwicklung der Initiative vor dem Hintergrund der bereits bestehenden erfolgreichen Stadtentwicklungsprogramme.	Vsl. 10.11.2008
Fachgespräch Nachhaltiges Planen und Bauen	Verbandesgespräch zur Begleitung der Leitbildentwicklung zum nachhaltigen, kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen.	Vsl. IV/2008
Fachkonferenz Klima (IKEP)/ Bauen/ Stadtentwicklung	Diskussion der Auswirkungen des Klimapakets auf die Bauwirtschaft und die Stadtentwicklung.	Vsl. 2009
10 Jahre Soziale Stadt	Bilanz des erfolgreichen, innovativen Stadtentwicklungsprogramms nach 10 Jahren.	Vsl. 2009

Themenbereich: Aufbau Ost

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Rentenberechnungssysteme Ost / West	Fahrplan zur Angleichung der Rentenberechnungssysteme Ost / West sowie zur Lösung offener Fragen bei der Überleitung des ostdeutschen Rentensystems	2. Halbjahr 2008
Investitionszulage	Gesetzgebungsverfahren zur Verlängerung der Investitionszulage	2. Halbjahr 2008
Bericht zum Stand der Deutschen Einheit	Entschließungsantrag der Koalition zum Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2008, darunter Verlängerung der Berichtspflicht der Bundesregierung	bis Oktober 2008
SED-Opfer	Würdigung der in der DDR verfolgten SPD-Mitglieder; abschließende Klärung offener Fragen bzgl. SED-Opfern (insbesondere Verfahren zur Anerkennung gesundheitsbedingter Folgeschäden)	2. Halbjahr 2008

Themenbereich: Petitionen

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Modernisierung des Petitionsrecht	Auswertung der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes Modernisierung des Petitionsrecht; Hier wird der Entwicklungs- und Einführungsprozess des Modelversuchs „öffentliche Petitionen“ in den festen Dauerbetrieb begleitet werden.	2. Halbjahr 2008
Bürgernahe Sprache	„Einfache bürgernahe Sprache“ – es wird überlegt, ob eine entsprechende Veranstaltung durchgeführt werden sollte; Hier greifen wir die Kampagne „Nah an den Menschen“ auf und wollen über eine verständliche bürgernahe Sprache an die Menschen näher herankommen.	2. Halbjahr 2008
Heimkinder	Thema „Heimkinder“ – wir arbeiten an der Ausarbeitung einer außerparlamentarischen Plattform	2. Halbjahr 2008

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ulrich Kelber

Themenbereich: Umwelt und Energie

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Biokraftstoffquotengesetz (8. Gesetz zur Änderung des BImSchG)	Um zum Erreichen der von der Bundesregierung am 24./25. August 2007 in Meseberg beschlossenen „Eckpunkte für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm“ beizutragen, soll der weitere Ausbau der Biokraftstoffe ab dem Jahr 2015 stärker als bisher auf die Minderung von Treibhausgasemissionen ausgerichtet werden. Hierzu sollen im Rahmen der Anforderungen an den Mindestanteil von Biokraftstoff an der Gesamtmenge des in Verkehr gebrachten Kraftstoffs auch die Treibhausgasemissionen berücksichtigt werden, die bei der Herstellung und Verwendung von Biokraftstoffen entstehen. Außerdem Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor	Herbst 2008
Erneuerbare Energien	Umsetzung von EEG-Verordnungen zur Änderung des Wälzungsmechanismus und zur Verbesserung der Netz- und Marktintegration von Erneuerbaren-Energien-Anlagen im Strombereich	Herbst 2008
Geodatenzugangsgesetz	Am 15. Mai 2007 trat die sog. INSPIRE-Richtlinie zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft in Kraft. Damit wurde ein Instrument geschaffen, den Zugang zu und die Nutzung von Geodaten für Bürger und Bürgerinnen, Verwaltung und Wirtschaft zu vereinfachen.	Bundesrat am 19.9.2008; Bundestag im 4. Quartal 2008
Batteriegesetz	Umsetzung der europäischen Richtlinie über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altalkumulatoren, die das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung neu geregelt. Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften, 1:1-Umsetzung unter Beibehaltung der eingerichteten und bewährten Erfassungs- und Entsorgungsstrukturen	Anfang 2009
Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	Regelungen zur Überprüfung der Zuverlässigkeit zum Schutz gegen Entwendung oder erhebliche Freisetzung radioaktiver Stoffe nach dem Atomgesetz	Ende 2008
Umweltgesetzbuch	Zusammenfassung des Verfahrensrechts in der „Integrierten Vorhabengenehmigung“, Anpassung Naturschutz- und Wasserrecht an konkurrierende Gesetzgebung	offen
Novellierung 1. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV)	Anpassung emissionsrechtlicher Anforderungen an kleine und mittlere Feuerungsanlagen insbesondere für feste Brennstoffe. Kabinettsvorbehalt durch BMWi und BMELV trotz Einigung auf Fachebene.	offen

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Schaffung eines Rechtsrahmens für CO₂-Speicherung (CCS)	Die Abtrennung und Speicherung von CO ₂ -Emissionen (sogenanntes CCS) gehört zu den Optionen im Klimaschutz. Derzeit liegt ein entsprechender Richtlinienentwurf der EU-Kommission vor. Ggf. ist kurzfristig Umsetzung in deutsches Recht erforderlich	Anfang 2009
Klärschlammverordnung	Novellierung wegen der mittlerweile überholten Schadstoffgrenzwerte Ausdehnung des Anwendungsbereichs auch auf Flächen des Landschaftsbaues Angleichung der Bodengrenzwerte an die der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung, Absenkung der Schwermetallgrenzwerte und der Grenzwerte für organische Schadstoffe	Arbeitsentwurf vom 19.12.2007 Weiteres Vorgehen offen
Endlagersuchgesetz	Vereinbarung dazu ist in der Koalitionsvereinbarung enthalten; BMU verlangt ergebnisoffene Suche nach alternativen Standorten zum geplanten Lager in Gorleben; Union lehnt das ab	offen

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Ff. bei anderen AGs		
Teil 2 des nationalen Klima- und Energiepakets (IKEP II)	Zweites Paket des Meseberg-Klimaschutzprogramms mit den restlichen Maßnahmenpunkten zur Energieeinsparverordnung, Mauthöhenverordnung, Kfz-Steuer-Reform. Federführend hauptsächlich BMVBS, BMF, BMWi	Abschluss des Verfahrens Herbst 2008/Anfang 2009
Umsetzung der EU- Energiedienstleistungs-Richtlinie durch ein Energieeffizienzgesetz	Die Richtlinie hat das Ziel 9% Energieeinsparung bis 2017 und sieht Verpflichtungen für Energieversorger (Strom, Gas, Heizöl, Wärme) vor.	Umsetzung hätte bis Mai 2008 erfolgen müssen

Themenbereich: AG Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Umsetzung des Seehofer-10-Punkte-Programms von 2005: Gesetzespaket zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzes (LFGB) (Hintergrund Gammelfleisch-Skandal)	Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> • höhere Bußgelder, • Informationspflicht für Unternehmer, denen Gammelfleisch angeboten wird • Koordinierungskompetenz des Bundesamtes für Verbraucherschutz wird gestärkt (Erstellung eines bundesweiten Lagebildes), 	Herbst 2008
Nährwertkennzeichnung („Ampel“) von Lebensmitteln	EU-KOM hat Verordnungsvorschlag zur Information der Verbraucher über Lebensmittel am 30.01.2008 (KOM (2008) 40) vorgelegt. Anlässlich der Beratungen des Vorschlags in Rat und EP weitere Debatte zu sog. Ampelkennzeichnung für Lebensmittel zu erwarten. Union lehnt einfache, farbliche Kennzeichnung von Lebensmitteln ab	laufend, Abschluss nicht vor Herbst 2009
„Health Check“ der EU-Agrarpolitik	Die EU-Agrarreform (Verabschiedung 2003, Umsetzung 2005) wird überprüft und in Teilen angepasst. Die Vorschläge der EU-Kommission sehen eine weitere Deregulierung und die Umschichtung von Mitteln in die „2.Säule“ für Umweltmaßnahmen und ländliche Entwicklung vor. Die Debatte um den Health Check ist im Zusammenhang zu sehen mit der Diskussion um das Auslaufen der EU-Milchquotenregelung und das dazu geforderte Begleitprogramm.	EU-Health Check: Herbst 2008, nationale Umsetzung 2009
Transparenz über EU-Zahlungen im Agrarbereich	Mit dem Gesetz zur Veröffentlichung von Informationen über die Zahlung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Landwirtschaft und Fischerei werden die EU-Vorgaben über die Veröffentlichung von Zahlungen umgesetzt (Bestandteil der Transparenz-Initiative): Zahlungen sollen im Internet veröffentlicht werden.	Umsetzungsfrist für bestimmte Daten ist 30.09.2008
Novelle Bundeswaldgesetz	Diskussionsbedarf besteht bei der Novelle Bundeswaldgesetz bzgl. der Regelungen zur „guten fachlichen Praxis“	Herbst 2008
Novelle Düngegesetz	Düngegesetz: Verbesserung der Kontrolle, regionalspezifische Vorgaben sollen ermöglicht werden, die Zulassung flexibilisiert und eine klarere Kennzeichnung vorgenommen werden.	Herbst 2008
Gesetz zur Anpassung von Vorschriften des ökologischen Landbaus an EU-Vorgaben	Mit dem Gesetz wird die neue EU-Öko-Verordnung umgesetzt und insbesondere Kontrollen geregelt.	Herbst 2008, Umsetzungsfrist bis 1.1.2009
Pflanzenschutz-Paket der EU - RL über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln - Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln	Pflanzenschutzmittel sollen nur noch dann zugelassen werden, wenn nachweislich keine weniger gefährlichen Alternativen vorhanden sind. Für die Anwendung werden strengere Vorgaben gemacht. Politische Einigung im Rat Juni 2008, weitere Umsetzung steht an.	Nationale Umsetzung 2009

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
integrierte Entwicklung ländlicher Räume	Ziel ist die Öffnung der bestehenden Konzepte zur integrierten Entwicklung ländlicher Räume für sektorübergreifende Maßnahmen, die nicht nur auf die Landwirtschaft konzentriert sein sollen, um Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum zu halten oder zu schaffen.	Bericht der Interministeriellen AG der Bundesregierung bis Ende 2008
Haltung von Nutztieren	Mit dem 2. Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes sollen ein Prüf- und Zulassungsverfahren für Stalleinrichtungen von Nutztieren eingeführt werden. Das Vorhaben ist Bestandteil des Kompromisses zur Legehennenhaltung (Käfighaltung) und soll zunächst für Legehennen angewendet werden, später auch für andere Nutztiere.	Herbst 2008: Verabschiedung des Tierschutz-Gesetzes
Robben	Koalitionsentwurf zum Einfuhrverbot von Robbenprodukten (liegt zur Notifizierung auf EU-Ebene vor) Kommission hat eigene nicht ganz so weitgehende Vorschläge im Juli vorgelegt	Herbst 2008
Katzen und Hunde	Mit dem „Gesetz zur Durchführung gemeinschaftlicher Vorschriften über das Verbot der Einfuhr, der Ausfuhr und des Inverkehrbringens von Katzen- und Hundefellen“ wird das EU-Verbot umgesetzt (Vollzugs- und Kontrollregelungen)	Abschluss Ende 2008

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Kongress zur Kennzeichnung „ohne Gentechnik“	Ziel der Veranstaltung ist es, die SPD als Initiatorin der Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ zu profilieren, und zwar sowohl bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern als auch bei der Lebensmittelwirtschaft und dem Handel.	19. September 2008
Fachkonferenz Nanotechnologie und Lebensmittel	Mit der Veranstaltung sollen zunächst neue Forschungsergebnisse zum Einsatz dieser neuen Technologie bei den für Verbraucher besonders relevanten Produktgruppen Lebensmittel und Kosmetika erörtert werden. Ziel ist es, sich der Frage zu nähern, ob im Hinblick auf die vielen ungeklärten wissenschaftlichen Fragen eine Kennzeichnungs- oder Registrierungspflicht für diese Produkte notwendig ist.	25. September 2008
Kongress Verbraucherpolitik der SPD	Thesenpapier der SPD- Bundestagsfraktion zur Verbraucherpolitik der Öffentlichkeit vorstellen	November 2008 (48. KW)
Anhörung Ländlicher Raum	Auswertung der Ergebnisse der Interministeriellen Arbeitsgruppe Ländliche Räume	Frühsommer 2009
Veranstaltung Verbraucherpolitik	Fachkonferenz zu einem aktuellen verbraucherpolitischen Thema	Frühsommer 2009

Themenbereich: Nachhaltigkeit

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Änderung der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO)	Umsetzung der Empfehlung des PBNE vom 5. März 2008 zur Verankerung der Nachhaltigkeitsprüfung innerhalb der Gesetzesfolgenabschätzung, Aufnahme der Forderung nach einer Nachhaltigkeitsprüfung im Fortschrittsbericht der Bundesregierung.	ab September 08
Umsetzung der GGO Änderung	Erarbeitung von Vorschlägen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsprüfung.	ab September 08
Beurteilung des erwarteten Handlungskonzeptes des BMVBS zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume	Konzept greift den von der AG vorangetriebenen Bericht „Demographie und Infrastruktur“ auf.	Dezember 2008

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
„Mir guten Beispielen voran“ (regelmäßige Plattform für Initiativen aus den Wahlkreisen zum Thema Nachhaltigkeit)	Bildung und Ausbildung für nachhaltige Entwicklung (Studenteninitiativen, Schulen, Ausbildungszentren und andere Bildungsträger, die Beispiele für nachhaltige Entwicklung präsentieren)	6. Mai 2009

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Walter Kolbow

Themenbereich: Außenpolitik / Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Abrüstung/Rüstungskontrolle	Kernzeitdebatte, Grundlage: Jahresabrüstungsberichte 2006 u. 2007	Nov./Dez. 2008
Innere Führung in der Bundeswehr	Antrag: Innere Führung stärken und ausbauen	Oktober 2008

Auslandseinsätze	Ende des Bundestagsmandats	Zeitfenster
Sudan: UNMIS (bis zu 75 Soldaten)	15.08.2008	13.08. Kabinett 16./17.09. Ausschüsse u. 1./2./3. Lesung
Sudan: UNAMID (bis zu 250 Soldaten)	15.08.2008	13.08. Kabinett 16./17.09. Ausschüsse u. 1./2./3. Lesung
Libanon: UNIFIL (bis zu 1.200 Soldaten)	15.09.2008	10.09. Kabinett, 16./17.09. Ausschüsse u. 1./2./3. Lesung Geplante Mandatszeit: 15 Monate (bis 15.12.2009)
Afghanistan: ISAF (einschl. Tornados) (bis zu 3.500 Soldaten)	13.10.2008	07.10. Kabinett, 08.10. Ausschüsse, ggf. 1. Lesung, 15./16.10.: 2./3. Lesung Geplante Mandatszeit: 14 Monate
Operation Enduring Freedom – OEF/OAE (bis zu 1.400 Soldaten)	15.11.2008	falls nicht mit ISAF synchron: 29.10. Kabinett, 05.11. Ausschüsse, ggf. 1. Lesung, 12./13.11.: 2./3. Lesung Angedachte Mandatszeit: 13 Monate
Bosnien/Herzegowina: ALTHEA NATO-HQ Sarajewo (bis zu 2.400 Soldaten)	21.11.2008 bzw. solange VN-Mandat vorliegt	Protokollerklärung 24.11.04: Bei Wunsch einer Fraktion konstitutive Befassung (alle 12 Monate) 30.11.06: BT-Beschluss zur Verlängerung 2007: keine konstitutive Befassung
Kosovo: KFOR (bis zu 8.500 Soldaten)	11.06.2009 bzw. solange VN-Mandat vorliegt	Protokollerklärung 07.06.00: Bei Wunsch einer Fraktion konstitutive Befassung (alle 12 Monate) 05.06.08: BT-Beschluss zur Verlängerung

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Fraktionsoffener Abend	Informationen über ISAF	Oktober 2008

Themenbereich: Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AGwZ)

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Weißbuch zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (13. Entwicklungspolitische Bericht)	Der 13. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung wurde vom Kabinett vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet. Das BMZ wird voraussichtlich vor Weihnachten zu dem Bericht eine Regierungserklärung anmelden.	Oktober/November 2008
Antrag Bildungsförderung in der EZ	Die 1. Lesung zum Antrag fand vor der parlamentarischen Sommerpause statt. Die 2. Lesung soll kernzeitnah erfolgen.	25. oder 26.09.2008
Positionspapier zur Modernisierung des Vergaberechts	Der vom Bundeskabinett im Mai 2008 beschlossene Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vergaberechts soll in dem geplanten Positionspapier im Hinblick auf seine umweltbezogenen und sozialen Anforderungen unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten beleuchtet werden.	Ende September 2008
Antrag Förderung der ländlichen Entwicklung	Hunger und Armut in Entwicklungsländern müssen nachhaltig bekämpft werden. Die Förderung der ländlichen Entwicklung in der EZ muss auf multi- und bilateraler Ebene intensiviert werden. Ein Antragsentwurf zur Thematik liegt vor.	1. Lesung 12.-14.11.2008
Vom Koalitionspartner geplanter Antrag zur Entwicklungsfinanzierung	Die internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha, bei der Heidemarie Wiecek-Zeul als UN-Sondergesandte eine herausragende Rolle einnimmt, soll mit einer parlamentarischen Initiative begleitet werden. Für die AGwZ ist in diesem Zusammenhang das Thema innovative Finanzierungsinstrumente, insbesondere die Aufstockung der deutschen Entwicklungsfinanzierung aus den Erlösen des Verkaufs von Emissionszertifikaten, von besonderer Bedeutung.	voraussichtlich 11/12 2008; die Konferenz findet in der Zeit vom 29.11.-02.12.2008 statt
Geplanter Antrag zu illegitimen Schulden	Im Juni 2008 hat zu der Thematik im AWZ eine von der SPD federführend gestaltete öffentliche Anhörung stattgefunden. Mit dem geplanten Antrag soll die Anhörung nachbereitet werden.	voraussichtlich im Frühjahr 2009

Geplante Veranstaltungen der Fraktion	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat/Jahr
Entwicklungspolitisches Hintergrundgespräch mit NGO-Vertretern	Informations- und Gedankenaustausch zu aktuellen entwicklungspolitischen Fragen	2. Halbjahr 2008, Termin noch offen
Entwicklungspolitisches Fachgespräch	10 Jahre sozialdemokratische Entwicklungspolitik: Bilanz und Perspektive	Dezember 2008, genauer Termin noch offen

Themenbereich: Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Achtung der Menschenrechte in den ASEAN-Staaten	Große menschenrechtliche Defizite in den ASEAN-Ländern, insbes. in Birma BT-Debatte von BE und Bericht des Koalitionsantrags 16/7490 „Menschenrechte in der ASEAN-Staatengemeinschaft stärken“	16./17.10.08
60 Jahre „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ am 10. Dez., dem int. Tag der Menschenrechte	BT-Debatte zu einem noch zu schreibenden (interfraktionellen) Würdigungsantrag	4./5.12.08

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Fachgespräch	Individualbeschwerderecht für die UN-Kinderrechtskonvention	18.09.08

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Fritz Rudolf Körper

Themenbereich: Innenpolitik

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Aktionsprogramm der Bundesregierung/Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland Gemeinsame Federführung BMI und BMAS	Öffnung des Arbeitsmarktes für Akademiker aus den neuen EU-MS zum 1.1.09 unter Verzicht auf die Vorrangprüfung, für Akademiker aus Drittstaaten mit Vorrangprüfung, Senkung der Einkommensgrenzen für Hochqualifizierte; Erleichterung des Zugangs zu Ausbildung und Arbeitsmarkt für Geduldete.	2. Halbjahr 2008
Änderung Staatsangehörigkeitsgesetz	Anpassung an Vorgaben des BVerfG und BVerwG in Bezug auf die Rücknahme rechtswidriger Einbürgerungen.	Noch in dieser WP
Warndatei	Einführung einer Einlader- und Warndatei zur Verhinderung von Visa-Missbrauch. Ressortabstimmung dauert an, Koalitionsgespräche werden ab September fortgesetzt.	Noch in dieser WP. Zügige Einigung angestrebt, wg. strittiger Punkte Zeitpunkt offen.
2007 im RL-Umsetzungsgesetz erfolgte Neuregelung des Ehegattennachzugs	Beobachtung oder Evaluierung der Auswirkungen wird angestrebt	Zeitpunkt offen
Auswertung der 2007 von uns erreichten Altfallregelung für Geduldete	Regelmäßiger Austausch mit dem BMI über Umsetzung und Auswirkungen der Altfallregelung im Hinblick auf potentiellen Nachbesserungsbedarf.	Zeitpunkt offen
Änderung Bundesdatenschutzgesetz	Erweiterung der Informations- und Auskunftsrechte in Bezug auf die Tätigkeit von Auskunftsteilen und die von diesen praktizierten Verfahren (insbesondere von automatisierten Kreditprüfungsverfahren „Scoring“). Kabinettsbeschluss 30.07.2008	Noch in dieser WP
Datenschutzaudit	Schaffung eines Datenschutzgütesiegels als Wettbewerbsanreiz für vorbildlichen Datenschutz durch die Wirtschaft und zur Stärkung der Datenschutzaufsicht. BMI bereitet Referentenentwurf vor.	Zeitpunkt offen
Zensusanordnungsgesetz 2011	Schaffung der rechtlichen Grundlagen für den Zensus 2011. Referentenentwurf BMI in der Ressortabstimmung.	Noch in dieser WP
Bundesmeldegesetz	Zusammenführung des Melderechts des Bundes und der Länder (MRRG und Landesmeldegesetze) in ein Bundesmeldegesetz BMI bereitet Referentenentwurf vor.	Evtl. noch in dieser WP

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
BKA-Gesetz	Schaffung der erforderlichen Befugnisse für das BKA zur Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus.	Noch in dieser WP
Elektronischer Personalausweis	Gesetz zur Einführung des elektronischen Personalausweises mit biometrischen Elementen, elektronischer Identifikation und digitaler Signatur. Kabinettsbeschluss 23.07.2008	Noch in dieser WP
Luft- und Seesicherheitsgesetz	Verfassungsänderung zum Einsatz der Bundeswehr zum Abwehr von Gefahren auf See und aus der Luft. Angebot der SPD an den Koalitionspartner, das dort bislang nicht aufgegriffen wurde. Union fordert darüber hinaus auch Einsatz der Bundeswehr im Innern und am Boden	Zeitpunkt offen
Änderung G-10-Gesetz	Im Wesentlichen Erweiterung der Befugnisse des BND zur strategischen Telekommunikationsüberwachung in den Bereichen Proliferation und internationaler Waffenhandel, internationaler Rauschgifthandel und illegale Schleusungen.	Zeitpunkt offen
Dienstrechtsneuordnungsgesetz	In erster Linie Neustrukturierung der Besoldungstabelle. Diskussionsbedarf bzgl. Gleichstellung eingetragener Lebenspartner im Bundesbeamtenrecht, Anhebung der besonderen Altersgrenzen und Mitnahmefähigkeit der Versorgung.	Noch in diesem Jahr
Änderung Bundeswahlgesetz	Beseitigung des sog. negativen Stimmgewichts gemäß Entscheidung des BVerfG vom 3. Juli 2008	Möglichst in dieser WP
Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer	Anhörung hierzu erfolgt im September 2008	offen

Themenbereich: Rechtspolitik

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Stärkung der Rechte des Kindes	Einfügung eines Art. 6 Abs. 2 GG neu, in dem die Rechte des Kindes (auf Entwicklung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung etc.) ausdrücklich verankert werden	offen
Neuregelung des Versorgungsausgleichs	Vereinfachung der wegen Überkomplexität bislang kaum nachvollziehbaren Aufteilung der Rentenansprüche im Scheidungsfall	Erste Lesung steht an. Abschluss geplant für Frühjahr 2009
Überarbeitung der strafprozessualen Vorschriften zur Untersuchungshaft	Rechtliche Konsequenzen aus der 1. Stufe der Föderalismusreform (Länder haben nun die Kompetenz zur Regelung des Untersuchungshaftvollzugs); Umsetzung der Forderungen des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafen sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	Referentenentwurf. Abschluss geplant für diese WP
Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen	Schutz vor Eingriff in die Privatsphäre (Anrufe nur bei Einwilligung, Verbot der Rufnummernunterdrückung; bei Verstoß: Geldbußen); Schutz vor untergeschobenen Verträgen (Widerruf auch bei Lotterie- und Zeitungslieferungsverträgen);	Abschluss geplant für Frühjahr 2009
„Kronzeugenregelung“	Bislang gibt es nur in bestimmten Bereichen eine Regelung, die eine „Belohnung“ kooperativer Täter ermöglicht. Geplant ist eine allgemeine Vorschrift, die eine Strafrahmenverschiebung und in seltenen Fällen ein Absehen von der Strafe ermöglicht.	offen
Regelung zur Verständigung im Strafprozess („Deal“)	Der „Deal“ ist gängige Praxis zur Verfahrenskonzentration und -beschleunigung. Er soll auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.	offen
Modernisierung des Bilanzrechts	Maßnahme für die dauerhafte Aufrechterhaltung einer den International Financial Reporting Standards gleichwertigen, aber kostengünstigeren und einfacheren handelsrechtlichen Rechnungslegungsalternative. Ziel: Stärkung des Mittelstands.	Erste Lesung steht an. Abschluss geplant für diese WP
Reform des VW-Gesetzes	Konsequenz aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs der EU.	Abschluss möglichst noch 2008
Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren Gewalttaten	Ziel ist Terrorismusbekämpfung bereits im Vorfeld (z.B. Strafbarkeit der Ausbildung in „Terroristen-camps“)	Abschluss geplant für diese WP
Modernisierung des Erbrechts	Ziel: größere Testierfreiheit des Erblassers; stärkere Berücksichtigung häuslicher Pflege	Abschluss geplant für Frühjahr 2009
TK-Entschädigungs-Neuordnungsgesetz	Durch die Verpflichtung zur Speicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten und zu entsprechenden Auskünften an die Strafverfolgungsbehörden werden die TK-Unternehmen belastet. Hierfür soll ein besserer Ausgleich geschaffen werden.	Abschluss möglichst in diesem Jahr.

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Reform des Kontopfändungsschutzes	Der RegE sieht vor, dass Kontoguthaben in Höhe des Pfändungsfreibetrages (985,15 €) nicht von einer Pfändung erfasst werden soll. Ziel: Dem Schuldner soll die Abwicklung von Geschäften des Alltags ermöglicht werden.	Abschluss möglichst in diesem Jahr.
Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens	Vereinfachung des Insolvenzverfahrens mit dem Ziel der Kosteneinsparung bei zu geringer Vermögensmasse. Zusätzlich soll die Lizenzvergabe insolvenzfest gestaltet werden (Lizenznehmer soll die Lizenz auch bei Insolvenz des Lizenzgebers weiterhin ungehindert nutzen dürfen. Ziel: Absicherung der Investitionen des Lizenznehmers)	Abschluss möglichst in diesem Jahr.
Überarbeitung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb	Umsetzung der EU-Lauterkeitsrichtlinie, Kabinettschluss (21.05.08) liegt vor Inhalt: (1:1-Umsetzung) UWG wird durch Anhang mit 30 irreführenden und aggressiven geschäftlichen Handlungen ergänzt, die unter allen Umständen verboten sind (sog. „ Schwarze Liste “). UWG gilt künftig ausdrücklich auch für das Verhalten der Unternehmen während und nach Vertragsschluss . Unternehmen dürfen Verbrauchern solche Informationen nicht vorenthalten, die sie für ihre wirtschaftliche Entscheidung benötigen.	Herbst 2008
Fahrgastrechte Bahnkunden	Gesetz zu Fahrgastrechten für Bahnkunden: (politische Einigung mit Union erzielt): <ul style="list-style-type: none"> • Entschädigungsregelungen für Bahnkunden: <ul style="list-style-type: none"> - ab 60 min Verspätung: 25 % des Fahrpreises - ab 120 min Verspätung 50 % des Fahrpreises • Schlichtungsstelle nach Vorbild des Versicherungsombudsmannes • Freigabe von anderen Zügen ab einer Verspätung vom 20 min im Nahverkehr • Weitere verbraucherfreundliche Regelungen (Taxigutschein nachts, Betreuung..) 	Ende 2008
Patientenverfügung	Gruppenantrag auf Initiative von MdB Stünker für eine gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen	Abschluss diese WP
Föderalismusreform Stufe II	Themen sind auf 4 Arbeitsgruppen verteilt: <ol style="list-style-type: none"> 1. Schuldengrenze; Frühwarnsystem; Konsolidierungshilfe 2. Steuerautonomie; Steuerverwaltung 3. Verwaltungskooperation Bund/ Länder; öffentliche IT; Benchmarking 4. Bundesfernstraßen; Justizthemen; Abweichungsrechte; Börsenaufsicht; (Länderneugliederung) d und Länder; 	Abschluss diese WP

Themenbereich: Sportpolitik

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Duale Karriereplanung von Spitzensportlern absichern	Athletinnen und Athleten in den Sportfördergruppen insb. der Bundeswehr müssen verbesserte Ausbildungschancen + Zugang zu Hochschulen erhalten. Erste Gespräche mit BM Jung sind geführt worden. Formulierung eines Antrages	offen 3. Quartal 2008
Sport als Mittel zur Integration weiter fördern	Formulierung eines Antrages	3. Quartal 2008
Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz erwirken	Der Fraktionsbeschluss vom 10. Oktober 2007 ist als Grundlage für weitere Bemühungen zu sehen.	offen

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
1-2-tägige sportpolitische Konferenz mit Europaabgeordneten (angedacht)	Konsequenzen und Handlungsoptionen aus dem EU-Weißbuch Sport	Anfang 2009
„Sportkongress“ der Fraktion (angedacht)	Diskussion breiter Sportthemen, z.B. Sport und Gesundheit, Sport und Ehrenamt	Evtl. 2. Quartal 2009

Themenbereich: Kultur und Medien

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Neuordnung der Gedenkstättenförderung	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Fortschreibung der Konzeption der Gedenkstättenförderung des Bundes von 1999, unter angemessener Berücksichtigung sowohl der NS-Herrschaft als auch der SED-Diktatur, verbunden mit der Beschreibung einer zukunftsfähigen Perspektive für die BStU.	Kabinett: 06/08 Entschließungsantrag im Ausschuss Kultur und Medien
Sichtbares Zeichen Historische ausgewogene Darstellung der Thematik	Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesstiftung Deutsches Historisches Museum in Verbindung mit einer unselbständigen Stiftung "Sichtbares Zeichen". Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung	Noch in diesem Jahr
Berücksichtigung der besonderen Beschäftigungsverhältnisse von Künstlerinnen und Künstlern	Anpassung der Rahmenfrist für den Bezug von ALG I an die besondere soziale und wirtschaftliche Lage von Kultur- und Filmschaffenden (Federführung AG AS). Umsetzung einer Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"	Derzeit Sondierungsgespräche mit der CDU/CSU
Weitere Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“	Aufnahme von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz.	Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion
Weitere Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“	Kultur- und Kreativwirtschaft kritische Begleitung der im Mai 2008 gestarteten Initiative der Bundesregierung sowie des vom Bundestag bereits im Oktober 2007 verabschiedeten Antrages "Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken"	Bis zum Ende der WP
Novellierung Bundesarchivgesetz	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Übernahme laufend aktualisierter digitaler Aufzeichnungen und Anpassung des geltenden Bundesarchivrechts an einige grundlegende Neuerungen	parlamentarisches Verfahren möglichst bis Ende 2008, sonst Anfang 2009
Verbesserung der Filmförderung durch Beteiligung von mehr Einzahlern (Verwertern) Erhalt des Kinos als kulturellen Ort (Digitalisierung)	Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) bis Ende 2008 zur Verlängerung der im Filmförderungsgesetz vorgesehenen Filmabgabe und der darauf basierenden Filmförderung durch die Filmförderanstalt (FFA) für weitere fünf Jahre	Oktober /November 2008
Langfristige Sicherung von Filmen als Teil des nationalen Kulturerbes	Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Das deutsche Filmerbe sichern"	Schlussberatung parallel zur FFG-Novelle im Oktober / November 2008

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
„Hauptsache Kultur – 10 Jahre Bundeskulturpolitik“	Gemeinsame Festveranstaltung von SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand mit Fachforen und Abendprogramm (Teilnehmer: Kulturstaatsminister a.D. Naumann, Nidarümelin, Weiss, Beck, Schröder, Steinmeier, Schwan, Grass, Staeck u.v.a. mehr	29.09.2008

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Joachim Poß

Themenbereich: Steuern / Finanzen / Haushalt

Politisches Thema / Ziel	Inhalt / Sachstand	Zeitfenster
Bundeshaushalt 2009		Parlamentarische Beratung im Herbst 08
Jahressteuergesetz 2009	Einzelmaßnahmen aus verschiedenen Bereichen des Steuerrechts	parlamentarische Beratung bis zum Jahresende 2008
Steuerbürokratieabbau-gesetz	Weiterer Schritt hin zur Entlastung von Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung von unnötigen bürokratischen Pflichten und Kosten im Steuerbereich	parlamentarische Beratung bis zum Jahresende 2008
Investitionszulagen-gesetz 2010	Das Investitionszulagengesetz 2007 läuft zum Ende des Jahres 2009 aus. Die Förderung von betrieblichen Investitionen in den neuen Ländern durch eine I-Zulage ist weiterhin geboten. Gesetz schafft eine Nachfolgeregelung.	Kabinettsbeschluss 16. Juli 08
Erbschaftsteuerreform-gesetz	Abschließende Einigung mit CDU/CSU unmittelbar nach der Bayern-Wahl unabdingbar und auch von der Spitze des Koalitionspartners zugesagt	Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zwingend in diesem Jahr
Familienleistungsaus-gleichsänderungsgesetz	Der im Herbst vorgelegte Existenzminimumbericht wird aller Voraussicht nach Änderungsbedarf bei der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Kindern ausweisen.	Noch in dieser WP
Änderung des Kfz-Steuer-gesetzes	Ökologisierung der Kfz-Steuer (Koalitionsvertrag/Koalitionsausschuss / FöKo II)	Noch in dieser WP
Mitarbeiterkapitalbeteili-gungsgesetz	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmen beteiligt werden. Die Koalition hat sich auf verbesserte Fördermöglichkeiten geeinigt, die im vorliegenden Gesetzentwurf umgesetzt werden.	Kabinettsbeschluss 27. August 2008 Noch in dieser WP
Umsetzung Ergebnis Partei-arbeitsgruppe Ma-nagergehälter/-abfindungen	Einigung mit Koalitionspartner; möglichst noch vor der BT-Wahl Realisation der von uns vorgeschlagenen Gesetzesänderungen.	Noch in dieser WP
Gegebenenfalls Folge-rungen aus dem BVerfG-Urteil zur Pendler-pause		Noch in dieser WP
Umsetzung des BVerfG-Urteils zur besseren steuerlichen Berücksich-tigung der Kranken-und Pflege-versicherungsbeiträge	Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, spätestens bis zum Jahresbeginn 2010 gezahlte Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge steuerlich besser als bisher zu berücksichtigen.	Die Bundesregierung (BMF) wird frühzeitig ein entsprechendes Umsetzungskonzept vorlegen.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren

Themenbereich: Europa

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Migration	<p>Erarbeitung eines Positionspapiers der SPD-Fraktion, verantwortlich ist hierzu die AG-Migration.</p> <p>Stichworte sind hier die Punkte: Arbeitnehmerfreizügigkeit und Gestaltung der Übergangszeit, Blue Card, zirkuläre Migration, Mobilitätspartnerschaften, Rücknahmeübereinkommen und Kooperationsplattformen.</p>	Beschluss in der Fraktion am 23.09.2008
Soziales Europa	<p>Überprüfung der im Juli 2008 von der EU- Kommission vorgelegten neuen Sozialagenda, diese umfasst u.a.:</p> <p><u>Europäische Betriebsräte-Richtlinie</u> (KOM (2008) 419). Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen gestärkt und insbesondere die Anhörungs- und Informationsrechte verbessert werden. Der vorliegende Kommissionsvorschlag ist nicht ausreichend.</p> <p><u>Anti-Diskriminierungs-Richtlinie</u> (KOM (2008) 420). Bezieht sich nicht nur auf die Arbeitswelt, sondern sieht einen umfassenden Diskriminierungsschutz vor. Die vorgelegte Richtlinie sieht in vielen Bereichen Mindeststandards vor. In Deutschland sehr umstritten.</p> <p><u>Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und Patientenrechte</u> (KOM (2008) 414 und 415). Der nun vorliegende Richtlinienentwurf sieht vor, dass Patienten noch leichter die Kosten für eine Behandlung innerhalb der Europäischen Union erstattet bekommen. Die Höhe orientiert sich hierbei an den jeweiligen Behandlungssätzen in den Heimatländern. Ebenso sollen die Informationsrechte der Patienten gestärkt werden.</p>	Ab sofort, Überprüfung am 15./16.12. Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
	Weiterentwicklung des <u>Flexicurity-Ansatzes</u>	Unter der Französischen Ratspräsidentschaft soll am 02./03.10. ein Zwischenbericht und am 15./16.12. die Schlussfolgerungen auf dem Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz vorgelegt werden.
Lissabon-Strategie	Fortsetzung der erneuerten Lissabon-Strategie durch Vorlage des Nationalen Reformprogramms Deutschland 2008 – 2010 bei der Kommission. Schaffung von Grundlagen für eine erneuerte Lissabon-Strategie für den Zeitraum 2010 bis 2020: Dies beinhaltet die Weiterentwicklung der Methoden der Überwachung und Bewertung. Hierzu sind die Berichte der Mitgliedsländer von großer Bedeutung.	BReg hat das neue Nationale Reformprogramm 2008 -2010 im August beschlossen und dem Bundestag zugeleitet. Kernzeitdebatte wurde durch AG Europa für die 39. KW angemeldet. Eine weitere Befassung des BT ist im Zusammenhang mit Frühjahrs-ER im März 2009 zu erwarten.
EU-Erweiterung	Die Europäische Kommission wird Anfang November ihre Fortschrittsberichte zu Kroatien und Türkei vorlegen. Für Kroatien ist mit dem Vorschlag einer Roadmap (Abschluss der Verhandlungen 2009/10 und möglicher Beitritt 2012) zu rechnen. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei dürften geschäftsmäßig fortgesetzt werden. Offen ist, ob Verhandlungen über einen Beitritt mit Mazedonien eröffnet werden. Stärkung der europäischen Perspektive für die westlichen Balkanstaaten.	05.11.2008
Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)	<u>Union für das Mittelmeer</u> . Inhaltliche Ausgestaltung der im Juli 2008 unter französischem EU-Vorsitz festgelegten Initiative im Rahmen des Barcelona-Prozesses. Umsetzung des von Schweden und Polen vorgelegten Vorschlags zur Annäherung an die EU angrenzenden Staaten Osteuropas (<u>Östliche Dimension</u>).	Ab sofort
Vertrag von Lissabon	Implementierung des Reformvertrages	Abhängig vom Urteil des BVerfG und der Ratifizierung durch die Mitgliedsländer der EU

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat/Jahr
Konferenz zum Thema „Soziales Europa – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“	Im Fokus der Veranstaltung steht der Begriff Soziales Europa. Anhand bestimmter Fragestellungen soll dieser in einem ersten Schritt diskutiert werden, um dann in einer zweiten Diskussionsrunde eine Antwort auf die Frage zu finden, ob es innerhalb der europäischen Sozialdemokratie überhaupt ein Grundverständnis hierüber besteht. Konferenz mit internationaler Beteiligung.	22.09.2008, 14:30 bis 17:30 Uhr
Veranstaltung zum Thema Migration	Grundlage hierzu ist das von der Fraktion erarbeitete Positionspapier vom 23.09.2008	Dezember 2008 oder Frühjahr 2009

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ludwig Stiegler

Themenbereich: Wirtschaft und Technologie

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Änderung des Außenwirtschaftsrechts	Nach dem Gesetzentwurf sollen zukünftig Investitionen von Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union und der EFTA Staaten kontrolliert werden können. Dazu muss der Käufer mindestens 25 % der Stimmrechtsanteile des deutschen Unternehmens erwerben wollen.	Herbst 2008
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechtes - Vergaberechtsnovelle	Neuordnung des öffentlichen Auftragswesens, zwingende Verankerung der Tariftreue und der Lebenszykluskosten als soziale und umweltbezogene Aspekte in der öffentlichen Auftragsvergabe.	Abschluss Dezember 2008
GE zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze	Zweite Stufe zum Energie- und Klimapaket IEKP, Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze.	Ende 2008
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung Job-Card-Verfahren (Elektronischer Entgeltnachweis - ELENA)	Durch ELENA wird die Beantragung von Sozialleistungen erheblich erleichtert. Bislang stellen jährlich 3,2 Mio. Arbeitgeber etwa 60 Mio. Entgeltbescheinigungen in Papierform aus. Die vom Arbeitgeber erfassten Daten müssen bis zu 5 Jahren aufbewahrt werden, was geschätzte Kosten von etwa 500 Mio. Euro verursacht. Mit ELENA liefern Arbeitgeber die Daten ihrer Arbeitnehmer monatlich an eine zentrale Datenbank. Der Abruf erfolgt bei Bedarf mittels einer qualifizierten Signatur und ist nur nach Anmeldung durch den Antragssteller möglich. Die Kosten dafür werden auf Antrag durch die BA übernommen. Zunächst wird mit dem Abruf der Bescheinigungsdaten für Wohngeld, Elterngeld und Kindergeld sowie Unterhaltsvorschuss begonnen. Eine Ausweitung auf weitere Sozialleistungen kann später erfolgen.	Winter 2008/2009
Weiterbildung Bildungsprämie, Stellenwert der Weiterbildung im Bildungssystem soll erhöht und mehr Menschen für die berufliche Weiterbildung mobilisiert werden.	Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes: Mit der Bildungsprämie sollen private Bildungsinvestitionen gefördert werden, die das berufliche Fortkommen des Einzelnen unterstützen. Die Bildungsprämie erfasst dabei nicht den Bereich der betrieblichen Weiterbildung, diese soll auch in Zukunft in der Verantwortung der Sozialpartner verbleiben.	2./3 Lesung Oktober 2008
Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz	Das 3. MEG soll die Handwerkszählung durch Rückgriff auf vorhandene Verwaltungsdaten in rund. 460 000 selbständigen Unternehmen vereinfacht werden. Außerdem soll durch die Einführung einer zweiten Inlandsumsatzschwelle von 5 Millionen Euro die Pflicht zur Anmeldung des Zusammenschlussvorhabens beim Bundeskartellamt nach § 39 GWB entfallen. Ebenso ist geplant die Anzeigepflicht bei der Aufstellung von Waren-, Leistungs- und Unterhaltungsautomaten zurückzuführen und die Nutzung von Daten des Statistischen Bundes Amt für das Umweltbundesamt zu ermöglichen.	Herbst 2008

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Telemediengesetz	Neuregelung der Verantwortung von Plattformbetreibern, Diensteanbietern und Suchmaschinen im Internet gegenüber Ansprüchen aus dem Persönlichkeits-, Verbraucher- und Urheberrecht.	Frühjahr 2009
Mittelstand Technologiepolitik	Der wirtschaftliche Bereich stellt einen Schwerpunkt der High-Tech-Strategie Deutschland. Wir wollen ein Konzept für die Schwerpunktsetzung der Technologieförderung entwickeln. Daher sollen Technologiefördertitel aller Ressorts abgeglichen und koordiniert werden. Aus diesem Grund haben wir eine Große Anfrage an die Bundesregierung zum innovativen Mittelstand gestellt, deren Beantwortung noch aussteht.	Herbst 2008
Mittelstandsförderung	ERP-Wirtschaftsplangesetz Der ERP-Wirtschaftsplan umfasst Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 368 Mio. Euro. Damit kann ein Fördervolumen von 4 Mrd. Euro für die Wirtschaft erreicht werden. Gefördert werden insbesondere Gründer, junge technologieorientierte Unternehmen und Umwelt- und Energiesparprogramme.	1. Lesung Oktober 2008
Neuregelung des gesetzlichen Messwesens	Das Eichrecht soll insgesamt modernisiert und dereguliert werden. Vorgesehen ist auch eine stärkere Einschaltung privater Stellen im Rahmen der Nacheichung. Der dadurch entstehende Wettbewerb wird die Preise sinken lassen, das bestehende Schutzniveau aber beibehalten.	1. Lesung Herbst 2008
Nationale Reformprogramm Deutschland	Das Nationale Reformprogramm der Bundesregierung 2008-2010 zeigt die Erfolge der Wirtschaftspolitik vor allem im Bereich Wachstum und Arbeitsmarktpolitik. Es weist gleichzeitig auf langfristigen Handlungsbedarf in den Problembereichen demografischer Wandel und Klima hin, die vor der zunehmenden Globalisierung an Bedeutung gewinnen. Die deutschen reformpolitischen Schwerpunkte werden in sechs Bereiche zusammengefasst: Wissensgesellschaft und Innovation, Marktöffnung und Wettbewerb, Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit, öffentliche Finanzen, Energie und Klimawandel sowie Arbeitsmarkt und demografischer Wandel.	Herbst 2008

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Durchführung einer Veranstaltungsreihe der Fraktion: Leitmärkte der Zukunft	Neben den traditionellen Säulen des Wirtschaftsstandorts Deutschland beginnen sich neue Leitbranchen zu entwickeln. Zukunftstechnologien wie die Umwelttechnik oder die Raumfahrt, aber auch bisher zum Teil vernachlässigte Wirtschaftszweige wie die Kreativwirtschaft und die Logistik wecken enorme Wertschöpfungspotentiale für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir wollen mit hochrangigen Fachleuten aus Politik und Wirtschaft über Probleme dieser Branchen und Lösungsansätze diskutieren.	Herbst 2008/ 2009

Themenbereich: AG AuS, Bereich Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Evaluation Hartz IV	Vergleichende Bewertung der Arbeit von Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen. Die Evaluation ist noch nicht abgeschlossen.	Dezember Zuleitung an BT (Bericht)
Neuorganisation der Durchführung des SGB II	Das Bundesverfassungsgericht hat die Struktur der ARGEN für nicht verfassungskonform erklärt. Es wird an einer Neuregelung gearbeitet, die auch eine Änderung der Verfassung einschließt.	Einleitung und Abschluss des parl. Verfahrens (GE) nach der Sommerpause 2008
Anpassung der Höhe der Regelleistung im SGB II	Anpassung entsprechend der Entwicklung der Renten. Darüber hinaus wird im BMAS geprüft, wie die Aktualität der Anpassung weiter verbessert werden kann - Schulmittelbedarfspaket.	1. Halbjahr 2009 (GE)
Aktualisierung der Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im SGB II	Umsetzung der gesetzlichen Anpassungsformel.	Einleitung und Abschluss des parl. Verfahrens (GE) nach der Sommerpause 2008
Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente	Reform der Arbeitsmarktinstrumente mit dem Ziel, Menschen noch schneller in Erwerbstätigkeit vermitteln zu können, einfachere Handhabung der Instrumente, Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses.	Einleitung und Abschluss des parl. Verfahrens (GE) nach der Sommerpause 2008
Nationaler Strategiebericht Sozialschutz und Soziale Eingliederung 2008-2010	Der Nationale Strategiebericht ist Bestandteil der mit der Lissabon-Strategie vereinbarten Offenen Methode der Koordinierung.	Bundesregierung übermittelt Bericht im zweiten Halbjahr nach Brüssel; parl. Befassung zusammen mit dem Armuts- und Reichtumsbericht (Bericht)
Ergänzende und klarstellende arbeitsrechtliche Regelungen für Berufseinsteiger	Wir wollen bei Praktika und beim Berufseinstieg mit transparenten, arbeitsrechtlich ergänzende Regelungen für die Berufseinsteiger Missbrauch verhindern. Unsere Forderungen wurden in Eckpunkten von der Fraktion beschlossen; BMAS hat GE erstellt	offen
Änderung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen	Änderung des Mindestarbeitsbedingungengesetz von 1952; Möglichkeit in Branchen, die keine 50%ige Tarifbindung haben, einen Mindestlohn über Haupt,- und Fachausschuss durch VO festzulegen	GE, Abschluss Jahresende
Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetz AEntG	Wir wollen mit der Änderung des AEntG die Aufnahme weiterer Branchen in das Gesetz ermöglichen, damit für weitere Branchen der Mindestlohn erlassen werden kann. Voraussetzung ist eine 50%ige Tarifbindung, ein Mindestlohntarifvertrag sowie ein Antrag der Tarifvertragsparteien beim BMAS. Prüfung und Erlass einer Mindestlohn-VO durch den Minister.	GE Abschluss Jahresende

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Gesetzentwurf zur Absicherung flexibler Arbeitszeitkonten	Verbesserte Insolvenzsicherung und Portabilität von Arbeitszeit,- und Langzeitkonten	Kabinetts hat GE im August beschlossen, Abschluss bis Ende 2008
GE zur Änderung des SGB IV und anderer Gesetze (Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit)	Verbesserung der Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit; u. a. Anmeldung zur Sozialversicherung ab Beschäftigungsaufnahme, Mitführungspflicht von Ausweispapieren für bestimmte Branchen,	bis Ende 2008
Programm zur Humanisierung der Arbeit (vgl. Meseberg)	Wir wollen die Rahmenbedingungen des Arbeitsschutzes und der Arbeitsbedingungen verbessern. Ein Programm zur Humanisierung der Arbeit soll alters- und altersgerechtes Arbeiten ermöglichen.	Herbst 2008/2009
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (vgl. Meseberg)	Wir wollen bei der Leiharbeit den Missbrauch verhindern, die Arbeits- und Lohnbedingungen für Leiharbeitnehmer sollen verbessert werden	GE, Planung offen
Rahmenbedingungen für Altersübergänge	Anschlussregelung für die BA-Förderung zur Altersteilzeit; es muss gewährleistet sein, dass Brücken zu mehr Beschäftigung für Jüngere geschaffen werden.	GE, Planung offen

Geplante Veranstaltungen	Wesentlicher Inhalt	Geplant für Monat / Jahr
Arbeitsversicherung	Weiterbildung ist ein Schlüsselthema sowohl der Arbeitsmarkt- als auch der Innovationspolitik. Nur so können die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt gemeistert werden. Entwicklung eines handhabbaren Politikkonzeptes.	2008/2009
Betriebs- und Personalrätekonferenzen	Dialog mit Betriebs und Personalräten fortsetzen	Dezember 2008 Frühjahr 2009
Mitarbeiterinitiative	Ausbau von Betriebsrätenetzwerken	fortlaufend
Filmprojekt JobPerspektive	Erstellung einer DVD mit Best-Practice-Beispielen.	Abschluss September/Oktober 2008

Themenbereich: AG Tourismus

Politisches Thema	Inhalt	Zeitfenster
Arbeitsmarkt in der Tourismuswirtschaft	Ausbildung, Mindestlohn, Jugendarbeitsschutz, Schwarzarbeit ausländische Arbeitskräfte. Parlamentarischer Antrag zu Aus- und Weiterbildung	bis April 2009
Demographischer Wandel und Tourismus	Barrierefreiheit (Komfortreisen) aufgrund der demographischen Altersstruktur Parlamentarischer Antrag	bis April 2009